

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Hauptredaktion und für Außerwärtige die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis: 10 Pf. — Anschlag Nr. 53.

Angabenpreis: Die Abnehmer zahlen Postgebühren für Anzeigen aus dem Ausland. — Preis: 10 Pf. — Anschlag Nr. 53. — Postfach-Nr. 1040.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1040

Nr. 135

Sonnabend, den 13. Juni 1925

20. Jahrgang

### Die Unruhen in China dauern fort.

Die Schlacht von Kanton beendet. — Studententumulte. — Einigungsversuche.

Paris, 10. Juni. Havas meldet aus Kanton: Die Schießerei zwischen Truppen von Kanton und Pünnan hat 60 Stunden angehalten. Die Sachschäden sind unbedeutend. Der Kampf wird sich wahrscheinlich solange in die Länge ziehen, bis die feindlichen Armeen einander begegnen. Auf Schamien ist kein Schuß abgegeben worden. Auch haben keine Ausländer Verletzungen erlitten.

Schanghai, 10. Juni. (Reuter.) Der Schiffahrtstreik dehnt sich weiter aus. Die Dampfer einiger Gesellschaften werden an den Werften beladen, andere haben nur geringe Ladungen an Bord. Vertreter der Streikenden sind nach Nanking und Tschinkiang gereist, um die Befehle der in diesen Häfen liegenden ausländischen Dampfer zum Anschlag an den Streik zu bewegen. Auch die Ozeandampfer haben weniger Ladung an Bord, weil Häfen nicht zu erklangen sind. In Tschinkiang haben die Studenten demonstriert, es wurde

dort der Generalfreik ausgerufen. In Kanton räumten die Ausländer die Gefahrenzone. In Peking hielten die Studenten Massendemonstrationen ab und zwangen die Wagen und Rikschas, fremdenfeindliche Abzeichen zu tragen. Sie verteilten fremdenfeindliche Flugblätter, in denen die Vorfälle in Schanghai als die brutalste Rohheit in der Geschichte der Menschheit bezeichnet werden.

Schanghai, 11. Juni. (Reuter.) Der Sekretär der chinesischen Handelskammer teilt mit, daß ein Ausschuss von 21 Mitgliedern ernannt worden ist, um zwischen dem Stadtrat und der Leitung der Streikenden zu vermitteln. Die Handelskammer wünscht eine baldige Beilegung des Streiks, da das chinesische Geschäftsleben ernstlich in Mitleidenschaft gezogen ist. Die Handelskammer erhielt heute größere Beträge für die hungernden Arbeiter aus Peking, Tientsin und andern Orten.

### England drängt auf Veröffentlichung der deutschen Antwortnote.

London, 11. Juni. Der „Manchester Guardian“ weist heute darauf hin, daß besonders auf Seiten der französischen Rechten Kräfte an der Arbeit seien, um die Erfolg versprechenden Verhandlungen möglichst zu verzögern. Diese Kräfte rechnen direkt mit einem raschen Schritt Berlins, der es ermöglichen würde, einen Mißerfolg der Verhandlungen Deutschland in die Schuhe zu schieben. Daher wünscht man in englischen diplomatischen Kreisen sehr, daß die deutsche Regierung seine Zeit verlieren möge, einen kräftigen Beweis dafür zu liefern, daß sie die Forderungen der alliierten Entwaffnungsnote erfüllen wolle, daß sie um die Zulassung zum Völkerbund nachsuchen und die lokale Ausführung des Dawesplanes fortsetzen werde. Tritt Deutschland nicht in diesem Herbst in den Völkerbund ein, so wird die gesamte Sicherheitsfrage um 12 Monate vertagt. Deutschland hat hier eine Gelegenheit, wie es sie kaum bisher gehabt hat, um zum europäischen Frieden und zur Sicherheit beizutragen.

Der „Manchester Guardian“ weist schließlich darauf hin, daß die gesamten Verhandlungen und Dokumente bisher noch geheim gehalten und der Öffentlichkeit vorenthalten werden. Daß Deutschland seinerzeit seine ursprünglichen Vorschläge noch nicht veröffentlicht hat, findet seinen guten Grund darin, daß man erst die Antwort abwarten wollte, und daß eine Veröffentlichung schließlich so lange wertlos sei, als nicht einige Auslöser auf Bewirkung bestünde. Nachdem nunmehr Frankreich und England dahin übereingekommen sind, die deutsche Verhandlungsbasis anzunehmen, dürfte man vernünftigerweise erwarten, daß die deutsche Regierung nachdem sie die französische Antwort erhalten hat, ihre Bereitwilligkeit zur Veröffentlichung ihrer Vorschläge zum Ausdruck bringen werde, worauf man ebenso erwarten darf, daß die englische und französische Regierung ihrerseits die Texte ihres Meinungswechsels der Öffentlichkeit bekannt geben werden.

### Ergebnis der internationalen Arbeitskonferenz.

Genf, 11. Juni. Die deutsche Delegation auf der internationalen Arbeitskonferenz hat Genf verlassen. Ueber das Ergebnis der Konferenz verlautet aus den Kreisen der deutschen Delegation, die Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag mache zwar nur langsam Fortschritte, die Gesetzgebung der einzelnen Länder näherte sich aber immer mehr dem Inhalt des Washingtoner Übereinkommens. Eine Förderung werde aus etwaigen neuen Zusammenkünften der Arbeitsminister erwachsen. Eine gewisse Bestimmung herrsche in den Kreisen der Arbeiter darüber, daß für den Schutz der Glasarbeiter weder ein Übereinkommen noch eine Entschliessung zustande gekommen ist. Einen Erfolg brachten dagegen die Arbeitervertreter in der Regelung der Arbeitszeit in Bäckereien, durch die die Nacharbeit für Arbeiter und Meister untersagt wird. Fruchtbringende Arbeit hat die Konferenz auf dem Gebiet der Sozialversicherung geleistet, wie in dem Entwurf über gleiche Behandlung von Inländern und Ausländern bei Unfallentschädigungen, ferner über Entschädigungen aus Arbeitsunfällen im allgemeinen und über die Ausdehnung der Unfallentschädigungen auf gewerbliche Berufskrankheiten. Eine ähnliche Übereinstimmung aller Gruppen war übrigens bei der Behandlung der Grundprobleme der Sozialversicherung erzielt worden.

### Amerika beteiligt sich nicht an einem europäischen Sicherheitspakt.

Washington, 11. Juni. (Durch Funkpruch.) Die amerikanische Regierung hat Veranlassung genommen, erneut durch das Staatsdepartement formell zu betonen, daß sie an dem vorgeschlagenen europäischen Sicherheitspakt nicht teilnehmen werde und aus diesem Grunde in keiner Weise dafür verantwortlich gemacht werden könne. Diese Verlautbarung hat den Zweck, auf die Forderung, daß die amerikanische Regierung ersucht werden könnte, an den in dem Pakt vorgesehenen Kommissionen teilzunehmen, als kalter Wasserstrahl zu wirken. Es wurde erklärt, daß kein derartiger Vorschlag gemacht worden sei, und daß angesichts der wohlbekannten Haltung in Washington keiner erwartet werde.

### Vorstoß der Marokkaner.

Paris, 11. Juni. In der spanischen Ost und Westzone in Marokko ist ein erhöhter feindlicher Druck auf die vorgeschobenen Posten zu bemerken. Bei den Marokkanern ist ein größeres Gezeck im Gange. Auf der ganzen französischen Front bis zur Grenze Algiers ist Feuerangriff der Marokkaner im Gange, wahrscheinlich um überall Truppen festzuhalten zwecks Verdeckung eines geplanten Sturmes. Ferner setzen die Krieger ihre Versuche betreffs Ausweitung der noch nicht unterworfenen Stämme fort, welche teilweise erfolgreich waren.

Painleve wird bei seinem Rückflug von Rabat mit den spanischen Regierungsvorstreitern verhandeln.

Aus Marokko wird gemeldet, daß Painleve sich heute von Rabat nach Fez begeben hat. Er wird von dort aus die Front im Uerqa-Gebiet besuchen.

### Spanien verleiht die internationale Zone „Tanger“.

London, 11. Juni. „Times“ berichtet aus Tanger über die Verlegung der internationalen Zone durch den Überfall marokkanischer Soldaten des spanischen Heeres in einer Entfernung von etwa 3 Meilen von Tanger auf eine große Eingeborenenkarawane, die meist aus Frauen bestanden habe. Fünf Frauen und ein Mann der Karawane wurden von den Angreifern verwundet zurückgelassen, die übrigen samt Maultieren und Eseln fortgeschleppt. An vorhergehenden Tagen waren Soldaten der spanischen Streitkräfte in die internationale Zone eingedrungen und hatten am hellen Tage die Frauen und Herden der Bauern geraubt. Die umliegenden Dörfer protestierten und forderten Schuß, den das internationale Tanger ihnen anscheinend nicht leisten kann. Die Wirkung auf die Bevölkerung ist bedauerndwert.

Der Berichterstatter der „Times“ erhielt eine Mitteilung der Risikonkante der Stämme in der Nähe von Tanger, in der es heißt: Die dauernden und unbefragten Angriffe der spanischen Truppen innerhalb der Zone von Tanger beweisen, daß die Neutralität der Zone nicht besteht. Wenn die europäischen Mächte das Leben und Eigentum der Zone von Tanger nicht schützen können, werden die Truppen des Sultans Abd el Krim die Pflicht übernehmen, die Ordnung in der Tangerzone aufrecht zu erhalten. Sie werden die Grenze der Zone nicht länger respektieren. Dem Berichterstatter zufolge rechnen die Spanier mit der Möglichkeit eines Angriffs in dieser Richtung. Sie ziehen Truppen bei Regata zusammen.

### Das Danziger Hafengebiet.

Der Brieffastenkonflikt vor dem Völkerbund.

Genf, 11. Juni. Der Völkerbundsrat hat heute vormittag die Arbeiten seiner 34. Tagung beendet.

Die wichtigsten Punkte auf der Tagesordnung der Schlussung waren drei Danziger Fragen. Zum Brieffastenkonflikt ist vom Völkerbundsrat das Gutachten des ständigen internationalen Gerichtshofes angefordert worden. Für die Festlegung des Hafengebietes beschloß er einen Ausschuss zu ernennen, dem auf Vorschlag Schwedens als viertes Mitglied ein juristischer Sachverständiger beigegeben wird. Ueber die Frage, ob durch das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes bereits maßgebende Richtlinien für die territoriale Bestimmung im Hafengebiet gegeben seien, entspann sich eine längere Diskussion.

Der vom Rat genehmigte Bericht des spanischen Ratensmitglieds Quiñones de Leon über die Festlegung eines neuen Verfahrens zur Regelung von juristischen und technischen Streitfragen zwischen Polen und Danzig entspricht im wesentlichen den von Danzig vertretenen Wünschen und stellt insbesondere fest, daß beide Parteien verpflichtet sind, jebezeit zu entsprechenden Verhandlungen vor dem Oberkommisssar des Völkerbundes für Danzig zu erscheinen. Der dritte Punkt, der die Frage eines polnischen Munitionsdepots betrifft, wurde debattelos auf die nächste Session vertagt.

Der Danziger Senatspräsident Sahm führte in der Frage des Danzig-polnischen Brieffastenkonflikts u. a. aus: Ueber die Grenzen des Danziger Hafens hat der Oberkommisssar des Völkerbundes sich rechtsträftig ausgesprochen. Im Tenor seiner unbestrittenen Entscheidung vom 25. 5. 1922 heißt es: „Ich entscheide, daß Danzig Polen mit den Mitteln versehen muß, einen Post-Telegraphen- und Fernsprechdienst in der Nähe des Danziger Hafens einzurichten, wenn möglich in einem Gebäude, aber in jedem Falle in einem oder mehreren zusammenhängenden Gebäuden.“ Uebrigens durch diese Entscheidung wird die polnische Auffassung widerlegt, daß der Begriff „Hafen von Danzig“ identisch sei mit dem Begriff „Hafenstadt“. Ueber auch aus den Bestimmungen der in Betracht kommenden Verträge ergibt sich die Unrichtigkeit der polnischen Auffassung, denn der Vertrag von Versailles unterscheidet Freie Stadt Danzig, Stadtgemeinde Danzig und Hafen von Danzig. Die Stadt Danzig und der Hafen von Danzig sind also keineswegs identisch. Nach der Terminologie des Pariser Vertrages vom 9. 11. 1920 ist unter dem Hafen jeweils das Gebiet von Danzig gemeint, welches der Verwaltung des Hafenausschusses unterstellt ist. Es ist also klar, daß dieser Hafen beschränkt ist auf die Wasserflächen und die damit hafentechnisch in Verbindung stehenden Landflächen. Die Danziger Regierung hat ferner in ihren Notizen vom 2. und 7. 7. 1924 noch auf eine Reihe weiterer Punkte aufmerksam gemacht, die einer dringenden Regelung bedürfen, damit künftige Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des polnischen Postdienstes vermieden werden. Ich wiederhole diese Anträge vor dem Rat und füge den weiteren Antrag hinzu, daß der Völkerbundsrat neben der Abgrenzung des Hafengebietes auch die Frage der Kontrolle über die Befugnisse des polnischen Postdienstes regeln möge. Ich kann meine Ausführungen nicht schließen, ohne aus dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofes im Haag folgende Stelle wörtlich zu zitieren: „Wenn General Dasing sich genötigt gesehen hätte, eine Entscheidung über den heutigen strittigen Punkt abzugeben, so würde er sie wahrscheinlich den Danziger Behauptungen gemäß gerechtfertigt haben.“ Die Bevölkerung Danzigs ist der Ansicht, daß sie auch einen moralischen Anspruch darauf hat, daß ihre wirtschaftlichen Interessen nicht durch eine engere Auslegung der Verträge geschädigt werden, und daß von einer solchen Auslegung nicht sonstige zur Zeit unübersehbare Nachteile in anderer Hinsicht der freien Stadt Danzig entstehen.

In der Debatte des Völkerbundsrates über den Danzig-polnischen Brieffastenkonflikt machte der Vertreter Polens Straßburger in seiner Erwiderung auf die Ausführungen des Danziger Senatspräsidenten Sahm eingangs die Bemerkung, daß das Haager Gutachten nicht nur den Postkonflikt, sondern auch eine ganze Anzahl anderer juristischer Fragen von sehr großer Bedeutung definitiv regelt, und erklärte dann weiter: Was die Begrenzung des Hafengebietes betrifft, so kann darunter für den Postdienst nicht die Wasseroberfläche, sondern nur die an dem Ufer liegende Stadt verstanden werden, da ja nach dem Haager Gutachten der Postdienst für die Bevölkerung bestimmt sei, die am Hafen wohnt. Straßburger beantragte schließlich, daß den Sachverständigen gewisse Richtlinien für die Festlegung der Begrenzung des Hafengebietes vom Völkerbundsrat mitgegeben werden sollten, was jedoch der Rat, wie be-

Auswahl Halbschuhe, alle Formen, haben Sie in Schuhwarenhaus, Tel. 319. Quelle für, dio, Zubehör, Selbstbau, nach überall, Hundert, ngsschreiben, 30 Seiten stark, Katalog, ischen Abbl., anleitungen, plänen, wissen, Aufsätzen, u. Anleitung, durch die, dio-Literatur, u. franko an, Interessenten. Radio-Zentral, KÖNIGSTR. 11, S. S. Deutschland. fahrten, en, Berchtes- garten, Berbau, vom, 15.70 Mark, el Rügen, No- vember, Berbau, g. 90.50 Mk., and (Schweiz), 230 Mk., 60 Mk., fensb. kostenfr., uristenklub, Berbau. s Angebot, urnschuhe, Mk. an, Sandalen, g v. 6 Mk. an, genschuhe, v. 5.50 an, hhaus, insky, straße 12, ikel, on 550., ter., 3. Juni, in Abt. 41., auter., ch- nger, ht., on., am, ue.